

Verbilligungen verpuffen

Krankenkasse Trotz Zustupf fressen die Prämien immer mehr Einkommen auf

VON SVEN ALTERMATT UND MICHAEL NITTAUS

Es ist der erste Lichtblick seit langem: 2019 sollen Krankenkassenprämien weniger schmerzhaft aufschlagen als in den Jahren zuvor - im Durchschnitt um 1,2 Prozent. Allerdings ist der moderate Anstieg auch auf eine neue Berechnungsmethode des Bundes zurückzuführen. Und am Fakt, dass die Prämien schneller steigen als die Einkommen der meisten Haushalte des Landes, ändert sich nichts.

Immerhin hat Anspruch auf eine Prämienverbilligung, wer in «bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen» lebt. Doch trotz steigender Prämien konnten Zehntausende Personen in den vergangenen Jahren plötzlich keine Verbilligungen mehr beziehen. Denn viele Kantone sanieren ihren Finanzhaushalt auf deren Kosten.

Die SP will den steigenden Krankenkassenprämien eine Obergrenze von zehn Prozent des Einkommens setzen. Anfang Dezember wird sie an einem Parteitag entscheiden, ob sie definitiv eine Volksinitiative mit dieser Forderung lanciert. Im Kanton Baselland können die Stimmbürger bereits am Sonntag in einer Woche über eine entsprechende SP-Initiative abstimmen. Diese Woche nun hat der Abstimmungskampf eine neue Dynamik bekommen: Die «Basellandschaftliche Zeitung» veröffentlichte brisante Zahlen aus einem Monitoring des Bundesamts für Gesundheit (BAG), das eigentlich erst im Dezember hätte erscheinen sollen.

Ein Auszug des Monitorings, den das Forschungsbüro Ecoplan erstellt hat, liegt unserer Zeitung vor. Er zeigt: Der Effekt der Verbilligungen schwindet, die Ausgaben für Prämien machen einen immer höheren Anteil des verfügbaren Einkommens von Herrn und Frau Schweizer aus. Der Schnitt aller Kantone liegt bei 14 Prozent. Nur alle paar Jahre erscheint das Monitoring. Die letzte Ausgabe bezog sich auf das Jahr 2014, damals lag die Belastung durch Krankenkassenprämien durchschnittlich noch bei 11 Prozent.

Schlusslicht Baselland

Ausgerechnet im Kanton Baselland ist die Belastung für Prämienzahler gemäss der neusten Studie am höchsten. Nur noch im Kanton Jura wird so viel vom verfügbaren Einkommen durch Prämien aufgefressen - nach Abzug der individuellen Prämienverbilligung, versteht sich. 18 Prozent beträgt die Belastung der Baselerinnen und Baseler im Mittelwert über sieben sogenannte Modellhaushalte.

Keineswegs besser präsentiert sich die Lage in anderen Kantonen. Geht es nach dem Ziel des Bundesrats, sollte eigentlich kein Haushalt mehr als 8 Prozent des steuerbaren Einkommens für die Grundversicherung ausgeben müssen. Doch einzig Zug bleibt bei einem Mittelwert von 7 Prozent knapp unter dieser Vorgabe. Diese Position hält der Zentralschweizer Kanton über alle Haushaltstypen hin-

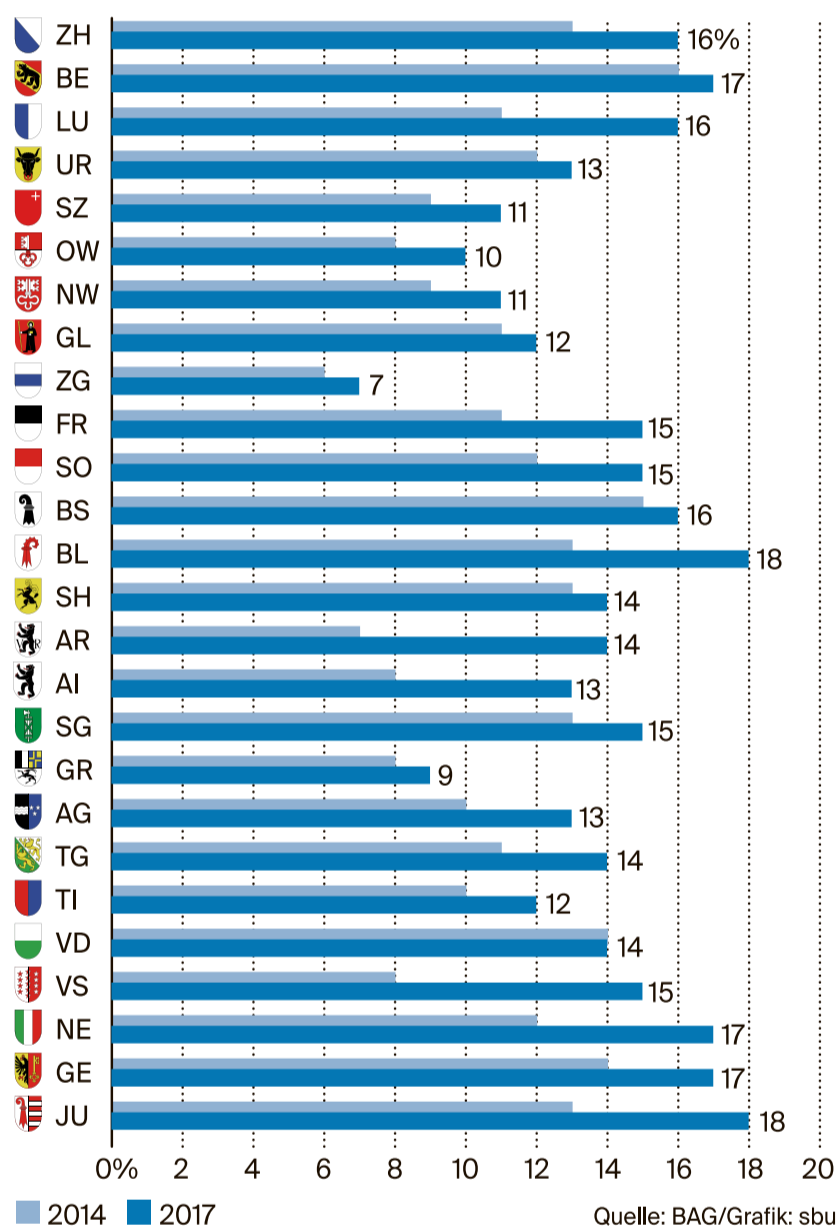


Die Prämienlast belastet das Portemonnaie von Herrn und Frau Schweizer. KEY

Die Belastung durch Prämien nimmt zu

In der Schweiz geben Haushalte, die Prämienverbilligungen erhalten, im Durchschnitt 14 Prozent ihres Budgets für die Krankenkasse aus.

Verbleibende Prämienbelastung in Prozent des verfügbaren Einkommens



So arbeiteten die Autoren

Das Monitoring nimmt das «verfügbare Einkommen» als Basis, also das Nettoeinkommen abzüglich der Steuern. Das «massgebende Einkommen», das der Baseler Initiative zugrunde liegt, ist laut Gesetz dagegen das Bruttoeinkommen abzüglich Kinderabzüge, aber zuzüglich eines Fünftels des Vermögens. Es liegt also eher höher. (MN)

weg, von «Rentner alleinstehend» bis zu «Familie mit einem Kind» und einem «jungen Erwachsenen in Ausbildung».

Vergleichsweise tief ist die Prämienlast in den Kantonen Graubünden, Obwalden, Schwyz und Nidwalden. Zu den Schlusslichtern zählen neben Baselland und dem Jura auch Genf, Neuenburg und Bern. Die verbleibende Prämienbelastung beträgt in diesen Kantonen bei manchen Modellhaushalten mehr als 20 Prozent.

Die Aufteilung in Modellhaushalte ist nötig, weil Prämienverbilligungen der Kantone ganz unterschiedlich wirken - je nachdem, wie ein Haushalt zusammengesetzt ist. Bisweilen ist die Prämienbelastung in einem Kanton mehr als dreimal so hoch wie in einem anderen, wie die folgenden Erkenntnisse des Monitorings auch zeigen:

- Bei Einelternfamilien mit zwei Kindern ist die Prämienbelastung am tiefsten. Sie schwankt von 6 Prozent in Zug bis 14 Prozent in St. Gallen.
- Happig ist die Belastung für Ehepaare ohne Kinder in Genf und im Jura: Sie beläuft sich auf satte 24 Prozent. In Zug sind es 9 Prozent.
- Ähnlich bei Familien mit einem Kind und einem jungen Erwachsenen in Ausbildung: Im Jura und in Baselland liegt die Belastung jeweils bei 23 Prozent - gerade einmal 7 Prozent sind es in Zug.
- Bei Familien mit vier Kindern variiert die Belastung zwischen 6 Prozent in Zug und 18 Prozent in Basel-Stadt.
- Bei alleinstehenden Rentnern liegt die Bandbreite zwischen 9 Prozent in Zug und 18 Prozent in Basel-Stadt.

Nicht alle sind spendierfreudig

Die verbleibende Prämienbelastung lässt zwar keine direkten Schlüsse zur Höhe einer Auszahlung zu. Doch bemerkenswert ist, wie unterschiedlich die Ausgabenfreudigkeit der Kantone bei den Prämienverbilligungen ist. Der eher strukturschwache Kanton Graubünden gibt durchschnittlich 4909 Franken an individuellen Prämienverbilligungen, ähnlich hoch sind die Ausgaben im strukturstarken Kanton Zug mit 4676 Franken. Schweizweit sind es im Mittel 2653 Franken.

Am tiefsten fallen die Auszahlungen mit 558 Franken in Appenzell Innerrhoden und mit 974 Franken im Wallis aus. In diesen Kantonen haben jeweils mehrere Modellhaushalte keinen Anspruch auf Verbilligungen.

Das Monitoring teilt die Kantone schliesslich in vier Gruppen ein. Nicht nur in solche mit tiefer oder hoher Prämienbelastung, sondern auch danach, ob die individuelle Prämienverbilligung eine starke oder geringe Wirkung entfaltet. Diese Einteilung verdeutlicht: Ohne starke Verbilligung würden Kantone mit hoher Prämienbelastung, namentlich Bern, Basel-Stadt, Genf und Zürich, in der Rangliste der Prämienbelastung an das untere Ende rutschen.

Jura-Frage

Weitere Moutier-Beschwerden angekündigt

Nicht nur die Gemeinde Moutier wehrt sich gegen die Ungültigerklärung der Abstimmung aus dem Jahr 2017. Projurassier haben am Mittwoch weitere Beschwerden ans bernische Verwaltungsgericht angekündigt. «Wir werden schier erdrückt von den Anfragen von Bürgern, die den Entscheid der Statthalterin ebenfalls weiterziehen wollen», sagte Valentin Zuber von der Autonomisten-Bewegung «Moutier, ville jurassienne» auf Anfrage. Seine Organisation will die Bürger bei ihren Eingaben beraten. Beschwerdebefugigt ist jeder Stimmberechtigte von Moutier. (SDA)

Medikamente

Bundesrat kämpft gegen Fälschungen

Der Handel mit gefälschten Medikamenten soll stärker bekämpft werden. Kommendes Jahr treten Gesetzesänderungen in Kraft, mit welchen die Schweiz die Medicrime-Konvention umsetzt. Das beschloss der Bundesrat gestern. Jährlich gelangen Schätzungen zufolge rund 20 000 illegale Arzneimittelsendungen in die Schweiz. Die vom Europarat erarbeitete Medicrime-Konvention hat die Unterbindung des illegalen Medikamentenhandels zum Ziel. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Straftatbestände zu erweitern. Die Schweiz erfüllt die Anforderungen der Konvention weitgehend. Nötig sind punktuelle Anpassungen der Strafprozessordnung und des Heilmittelgesetzes. (SDA)

NACHRICHTEN

UNO-MIGRATIONSPAKT Bundesrat entscheidet nächste Woche

Der Bundesrat entscheidet nächste Woche über das weitere Vorgehen beim UNO-Migrationspakt. Das sagte Bundesratspräsident Simonazzi vor den Medien. Der Bundesrat habe die Stellungnahmen der Parlamentskommissionen zur Kenntnis genommen und eine Aussprache geführt. (SDA)

VERWALTUNG

Behördendienste künftig vorwiegend digital

Bund, Kantone und Gemeinden sollen Informationen und Dienste künftig in erster Linie digital zur Verfügung stellen. Das schlägt der Bundesrat im Rahmen der E-Government-Strategie Schweiz 2020-2023 vor. (SDA)

Bei der Atomlobby gehen die Lichter aus

Energie Das absehbare Ende der Atomkraft in der Schweiz ist auch das Ende der Aves. Der ehemals einflussreiche Lobbyverband für die Kernenergie hat sich aufgelöst.

VON ROGER BRAUN

Die Aves ist nicht mehr. Unbeachtet von der Öffentlichkeit haben die Delegierten der «Aktion für eine vernünftige Energiepolitik» vergangenen Samstag beschlossen, den Verein aufzulösen. Die Art und Weise, wie die Aves aus der Bundespolitik ausscheidet, ist bezeichnend für den Niedergang der einst einflussreichen Lobbyorganisation. Bis heute hat die Aves ihre Auflösung nicht

kommuniziert. Zwei unabhängige Quellen bestätigen indes das Ende. Aves-Geschäftsführer Simon Aeschlimann sagt, er könne sich derzeit nicht äussern. Die Entscheide der Delegierten würden den Medien aber noch mitgeteilt. Wie aus anderer Quelle zu erfahren ist, soll eine entsprechende Mitteilung nächsten Dienstag verschickt werden - eineinhalb Wochen, nachdem das Ende besiegelt wurde. Bezeichnend auch: Einzelne angefragte Vorstandsmitglieder wussten nicht, ob die Delegierten die Auflösung beschlossen hatten. Sie waren weder an der Versammlung, noch wurden sie über das Ende orientiert.

Das ist ein bitterer Schlusspunkt für eine Organisation, die einst das grosse Feindbild der Atomgegner war. Auf dem Höhepunkt gehörten über 100 Bundesparlamentarier dem Verein an. «Die

Atomlobby hat das Parlament fest im Griff», titelten die Medien noch im Jahr 2011, als die Stromkonzerne für ein neues Atomkraftwerk lobbyierten. Dann kam der Reaktorunfall im japanischen Fukushima - und nicht nur der Stern der Atomenergie, sondern auch derjenige von Aves begann zu sinken. Die CVP wandelte sich unter ihrer Bundesrätin zur Aufstiegsbefürworterin, auch bei der FDP wagte bald niemand mehr, zur Atomkraft zu stehen. Zuletzt gehörten der Organisation noch 38 Bundesparlamentarier an; zwei Drittel davon aus der SVP.

Regionalgruppen machen weiter

Den definitiven Untergang besiegelte schliesslich die Stimmbewölkerung. Als sie im Mai 2017 Ja zum Energiegesetz sagte, verbot sie auch den Bau neuer Atomkraftwerke. Die Aves hatte zwar stets be-

tont, dass sie sich nicht nur für die Atomkraft, sondern generell für günstigen Strom einsetze. In der Öffentlichkeit jedoch steckte die Aves in der Ecke der Atomlobby fest. Ein Delegierter sagt: «Unter dem Namen Aves ergab unser Engagement schlicht keinen Sinn mehr.»

Der nationale Dachverband unter der Führung von SVP-Präsident Albert Rösti ist damit Geschichte. Nicht direkt betroffen sind die 19 Regionalgruppen der Aves. Viele von ihnen werden den Betrieb ebenfalls einstellen, andere werden vorerst unter dem bisherigen Namen weitermachen. Nochmals andere werden sich dem «Energie Club Schweiz» anschliessen. Dieser wurde am 26. Februar dieses Jahres gegründet und setzt sich laut Statuten für eine «liberale, marktwirtschaftliche und verursachergerechte Umsetzung der Energie-

politik ohne Subventionen» ein. Diese Stossrichtung klingt Aves-Mitgliedern vertraut. Trotzdem dürfte es sich nicht um eine neu verpackte Atomlobby handeln. Im Vorstand sitzen keine Politiker mehr, sondern vorwiegend Naturwissenschaftler. Des Weiteren will sich der Verband auch für «den Schutz von Umwelt und Landschaft» einsetzen.

Angesichts der diffusen Positionierung zögern viele Regionalgruppen, dem neuen Verein beizutreten. Der Präsident der Zürcher Aves-Sektion, Martin Arnold, etwa sagt: «Der Energie Club Schweiz ist für uns noch zu wenig fassbar. Wir werden vorerst als Aves weiterfahren.» Der harte Kern der Aves-Mitglieder dürfte sich zudem einen Übertritt zum Verein Kettenreaktion oder zum Nuklearforum überlegen. Beide setzen sich bis heute für die Atomenergie in der Schweiz ein.